MONITORING-BERICHT
Rechtsextremismus in Hessen
- Juli/August 2021 -

Meldungen #299/21 - #371/21

beratungsNetzwerk hessen
Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Vorbemerkungen

Die Monitoring-Berichte „Rechtsextremismus in Hessen" dokumentieren unterschiedliche rechtsextremistische und damit einhergehende antidemokratische und menschenfeindliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten in Hessen in einem bestimmten Zeitraum. Sie erscheinen in unregelmäßigen Abständen, mindestens jedoch sechs Mal im Jahr. Grundlage der Monitoring-Recherchen sind öffentliche, offizielle und selbst recherchierte Quellen wie Polizeiberichte, Presse- und Medienberichte, Internetpräsenzen und Beiträge in sozialen Netzwerken.

Die Monitoring-Berichte werden vom Frankfurter Medienbüro „achtsegel.org" im Auftrag des Demokratiezentrums Hessen im „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus" recherchiert und erstellt.

Die jeweils verwendeten Quellen sind unter bzw. neben den einzelnen Texten angegeben. Die vorliegende Sammlung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit!

Bitte um Mithilfe

Um ein möglichst umfassendes Bild zu erhalten, bitten wir um Ihre Unterstützung und würden uns über entsprechende Beiträge für künftige Monitoring-Berichte sehr freuen. Bitte melden Sie uns Vorkommnisse und Aktivitäten im Bereich Rechtsextremismus und Rechtspopulismus unter Angabe nachvollziehbarer Quellen an unten stehende E-Mail-Adresse – auch vermeintliche „Kleinigkeiten" wie diesbezügliche Schmierereien und Sticker im öffentlichen Raum oder Flyer und Flugblätter in Briefkästen!

Helfen Sie mit, das Lagebild von Aktivitäten, Vorkommnissen und Auffälligkeiten aus dem rechten und rechtsextremen Milieu in Hessen zu erhellen.

Ihre Hinweise – wie auch Rückfragen – schicken Sie bitte per E-Mail an:
monitoring@beratungsnetzwerk-hessen.de

Bei Fragen, Anregungen, Kritik oder Ergänzungen zu Fällen, die in diesem Bericht aufgeführt sind, geben Sie bitte die jeweilige Fall-Chiffre (= Hashtag über dem Datum) an.

Demokratiezentrum Hessen im „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus (https://beratungsnetzwerk-hessen.de/)

Achtsegel.org – Büro für demokratische Kommunikation und politische Bildung im Netz (http://www.achtsegel.org/)

Inhalt:

Themenschwerpunkte Juli/August 2021

- Neurechtes Onlineprojekt „GegenUni" 4
- Hessische Polizei weiter im Fokus: Auflösung und Neustrukturierung des SEK 6
- Vermuteter Einschüchterungsversuch: AfD-Kreisgeschäftsführer klagt gegen „Fulda stellt sich quer!" 9

Chronik rechter Vorfälle, Aktivitäten und Auffälligkeiten in Hessen 11

- Proteste gegen Maßnahmen in der Corona-Pandemie 32

Chronik staatlicher Ermittlungen und Gerichtsprozesse 36

Neurechtes Onlineprojekt „GegenUni"

Am 1. Juli startete das neurechte Onlineprojekt „GegenUni" (#300/21). Das Projekt inszeniert sich als E-Learning-Plattform, auf der man rechtsextreme Inhalte gegen Bezahlung lernen kann. Dieses soll in verschiedenen Formate, wie Seminare, Lesekreise und Gastvorlesung, vermittelt werden. Auf der Lektüreliste der Seminare finden sich in der rechten Szene bekannte Autoren wie Carl Schmitt, Alain de Benoist, Ernst Jünger oder auch Thilo Sarrazin. Laut eigener Darstellung auf der Webseite der „GegenUni" hatten sich bis Ende August 2021 225 Personen eingeschrieben.

Initiator der GegenUni ist der Frankfurter Erik A.. Sein Name taucht im Kontext der Neuen Rechten häufiger auf. So zum Beispiel im Impressum des neurechten Online-Magazins „Konflikt" oder als Autor des Buches „Postliberal", das im Verlag Antaios von Görz Kubitschek erschienen ist. Sitz der GegenUni war zunächst Frankfurt. In einem Artikel vom 21. Juli schrieb die „Frankfurter Rundschau", dass der Bürodienstleister „Regus" dem neurechten Projekt „Gegenuni" den Mietvertrag gekündigt habe (#301/21). Im Impressum der „GegenUni" wurde ab dem 1. August 2021 eine Adresse in Rostock als Sitz angegeben, an der ebenfalls ein Bürodienstleister ansässig ist.

Das Online-Projekt soll unter enger Mitwirkung von Martin Sellner, des Kopfes der „Identitären Bewegung" (IB) in Österreich, entstanden sein. Dies legt auch ein Interview von Erik A. mit der rechten österreichischen Online-Zeitschrift „tagestimme.com" am 22. August nahe, in dem A. sagte: „Ein bekannter patriotischer Aktivist aus Wien trat an mich heran mit der Idee, ein politisches Gegenstück zu beliebten Bildungs-Apps (...) zu schaffen" (#302/21). Zuvor hatte bereits der Twitter Account „Robert Wagner" in mehreren Mitteilungen auf diese Verbindung hingewiesen.

Die „Gegenuni" ist stark vernetzt mit dem neurechten Milieu. Unter den angekündigten Referenten finden sich bekannte neurechte

#300/21

01.07.2021

Neurechtes Projekt „GegenUni" gestartet

Frankfurt am Main

Quellen:
https://www.journal-frankfurt.de/journal_news/Gesellschaft-2/Projekt-Gegenuni-Eine-rechtsextreme-Veranstaltung-die-sich-elegant-gibt-37612.html

https://www.belltower.news/youtube-university-reloaded-neurechte-gegenuni-setzt-auf-videos-statt-buecher-117735/

Schlagworte:
#RechteMedien #Gegenuni #IB

#301/21

21.07.2021

Bürodienstleister kündigt „Gegenuni"

Frankfurt am Main

Quelle:
https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-gegenwind-fuer-rechte-gegenuni-90875562.html

Schlagworte:
#RechteMedien #Gegenuni #IB

#302/21

22.08.2021

Interview mit Erik A. zu „GegenUni"

Frankfurt am Main

Quellen:
https://www.tagesstimme.com/2021/08/22/gegenuni-es-braucht-eine-uni-abseits-des-engen-meinungskorridors

Namen wie „Martin Lichtmesz" und „Outdoor-Illner" (#275/21). Die Bewerbung des Projektes fand laut „Belltower News" über zahlreiche Kanäle der Neuen Rechten in den sozialen Medien statt: Dazu gehören unter anderem Ellen Kositza, die Ehefrau von Götz Kubitschek, Benedikt Kaiser (Redakteur der Zeitschrift „Sezession"), der „Antaios-Verlag" und die „Sezession", die IB-nahe Öko-Zeitschrift „Die Kehre", der neurechte Lobbyverein „Ein Prozent", der „Jungeuropa Verlag", die IB-Spieleentwickler „Kvltgames", die IB-Bekleidungsmarke „Phalanx Europa", YouTuber „Miró / Unblogd" oder Nils Hartwig vom Bundesvorstand der „Jungen Alternative" (#300/21). Auch zur AfD finden sich Verbindungen: Auf dem YouTube-Kanal der „GegenUni" wurde am 29. August eine von Erik A. moderierte Debatte zur Asylpolitik veröffentlicht, an der Dennis Hohloch, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag, und Gerhard Vierfuß, Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der AfD Niedersachsen, teilnahmen (#303/21).

Das hessische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) beobachtet die „GegenUni". Bei der Vorstellung des „Verfassungsschutzberichts 2020", sagte LfV-Präsident Robert Schäfer, die „GegenUni" zeuge vom „Missionseifer der rechtsextremistischen Szene" (#371/21). Das Projekt solle „die Anschlussfähigkeit des Rechtsextremismus an breitere Teile der Gesellschaft befördern."

https://twitter.com/robertwagner198/status/1409579127573712897

Schlagworte:
#RechteMedien #Gegenuni #IB

#303/21

29.08.2021

„GegenUni"-Debatte mit AfD-Funktionären

Frankfurt am Main / Oldenburg (Niedersachsen) / Potsdam (Brandenburg)

Quelle:
https://www.youtube.com/watch?v=fyQmYH2Unq4

Schlagworte:
#RechteMedien #Gegenuni #AfD

Hessische Polizei weiter im Fokus: Auflösung und Neustrukturierung des SEK

Am 9. Juni 2021 wurde das SEK (Spezialeinsatzkommando) Frankfurt von Innenminister Peter Beuth aufgelöst. Auslöser waren Chatgruppen, in denen SEK-Beamte NS-verherrlichende, rassistische und sexistische Inhalte austauschten (#249/21). Am 26. August wurde der Bericht eines Expertengremiums zur Aufarbeitung der Vorfälle vorgestellt, auf dessen Grundlage das SEK nun reformiert werden soll. Kurz zuvor hatten SEK-Beamte noch die Vorwürfe in einem Interview mit dem „Hessischen Rundfunk" am 19. August von sich gewiesen (#305/21). Darin bestritten drei SEK-Beamte die Vorwürfe, die im Juni 2021 zur Auflösung des Frankfurter SEKs geführt hatten . Ihnen waren Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Strafvereitelung und Kinderpornografie im Zusammenhang mit Mitteilungen in verschiedenen Chatgruppen vorgeworfen worden. Die meisten rechtsextremen Inhalte in den Chatgruppen stammten aus den Jahren 2016 und 2017 (#256/21). Im Januar 2019, kurz nach Bekanntwerden des „NSU 2.0"-Skandals, wurden die Chatgruppen geschlossen.Die SEK-Beamten bestritten, eine rechte Gesinnung zu haben. Sie hätten keine Kenntnisse von Hakenkreuz- und Hitler-Bildern in Chatgruppen des SEKs. Wenn es solche Bilder gegeben habe, seien sie „satirisch-lustig" gemeint gewesen.

Ein Sprecher des Innenministeriums warf den Beamten daraufhin fehlendes Unrechtsbewusstsein vor. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt habe die Chats auf strafbare Inhalte geprüft und habe unter anderem volksverhetzende Inhalte gefunden. Gegen 18 SEK-Beamten laufen Ermittlungsverfahren, gegen zwei weitere Beamte wurden Ermittlungsverfahren eingestellt. Wie die „FAZ" berichtete, sagte Innenminister Peter Beuth am 15. Juni im Landtag, dass insgesamt 56 Personen an den rechten Chatgruppen teilgenommen hatten, davon 49 aktive Polizist*innen (#256/21). Laut Bericht der „taz" vom 26. August seien die meisten SEK-Beamten inzwischen wieder im Dienst.

#304/21

12.07.2021

Abschlussbericht der Experten-Kommission zur Verantwortung der Polizei vorgestellt

Wiesbaden

Quellen:
https://www.hessen.de/presse/pressemitteilung/abschlussbericht-der-experten-kommission-zur-verantwortung-der-polizei-vorgestellt-0

https://innen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdis/20210712_abschlussbericht_experten-kommission.pdf

https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/hessens-polizei-ist-in-einer-kritischer-situation-90857056.html

Schlagworte:
#Ermittlungen #Polizeiskandal

#305/21

19.08.2021

SEK-Beamte bestreiten Vorwürfe in Interview

Frankfurt am Main/ Wiesbaden

Quellen:
https://www.hessenschau.de/panorama/polizeibeamte-nach-aufloesung-des-frankfurter-sek-polizeibeamte-wir-fuehlen-uns-verfolgt-und-stigmatisiert,sek-interview-100.html

https://www.hessenschau.de/politik/kein-unrechtsbewusstsein-kein-charakter-innenministerium-schlaegt-gegen-frankfurter-sek-beamte-zurueck,reax-sek-100.html

Schlagworte:
#Ermittlungen #Polizeiskandal

Am 26. August präsentierte dann Stefan Müller, Polizeipräsident des Präsidiums Westhessen, gemeinsam mit dem Leiter des Demokratiezentrums an der Universität Marburg, Dr. Reiner Becker, die wichtigsten Ergebnisse des o. g. Expertenstabs-Berichts zur Analyse zur Aufarbeitung von Fehlentwicklungen innerhalb des SEKs (#305/21). Ein völlig falsch verstandener Korpsgeist, eindimensionales Freund-Feind-Denken, die Militarisierung der Sprache und die Verwendung von doppeldeutigen Symbolen, die auch in der rechtsextremen Szene Verwendung fänden, seien Fehlentwicklungen, die mit einer Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft absolut unvereinbar seien, sagte Becker als externer Berater des Gremiums bei der Präsentation des Berichts. Offenbar sei es zu den gravierenden Fehlentwicklungen auch aufgrund mangelhafter Führung in einer geschlossenen Einheit, abgekoppelt vom Rest der Polizei und der Gesellschaft, gekommen.

Der Expertenstab zur Neustrukturierung des Spezialeinsatzkommandos (SEK) empfahl grundlegende Reformen. Als eine Konsequenz kündigte Innenminister Beuth an, dass die Spezialeinsatzkommandos zwar wie bisher an ihren strategisch günstigen Standorten verbleiben sollen, dass sie organisatorisch aber zu einem SEK Hessen zusammengeführt und im Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidium angesiedelt werden, wie künftig auch weitere Spezialeinheiten (#305/21).

Die Affäre um Chats von Teilen das SEKs Frankfurt steht in einer Reihe mit anderen aufgedeckten rechtslastigen Vorkommnissen innerhalb der hessischen Polizei in der Vergangenheit. Bereits am 12. Juli war diesbezüglich der Abschlussbericht einer unabhängigen Expertenkommission mit dem sperrigen Titel „Verantwortung der Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft – Die gute Arbeit der Polizeibeamten stärken, Fehlverhalten frühzeitig erkennen und ahnden" der Öffentlichkeit vorgestellt worden (#304/21). Die Kommission war infolge unerlaubter polizeilicher Datenabfragen im zeitlichen Zusammenhang mit NSU-2.0-Drohschreiben sowie weiterer Fälle offenkundigen Fehlverhaltens von hessischen Polizistinnen und Polizisten von Innenminister Beuth eingesetzt worden,

#305/21

26.08.2021

SEK-Reform und Analyse der Fehlentwicklungen

Frankfurt am Main/ Wiesbaden

Quellen:
https://innen.hessen.de/presse/pressemitteilung/sek-aufloesung-war-unumgaenglich-neustart-hat-begonnen

https://taz.de/Nach-Aufloesung-wegen-Chat-Skandal/!5796505/

https://www.fr.de/rhein-main/hessen-sek-wird-bereitschaftspolizei-in-mainz-kastel-unterstellt-90944163.html

Schlagworte:
#Ermittlungen #Polizeiskandal

um bereits angestoßene Maßnahmen des Landes zur Stärkung der Resilienz der hessischen Polizei unabhängig zu bewerten sowie auf Basis ihrer eigenen Untersuchungen und Analysen darüberhinausgehende Handlungsempfehlungen für die Zukunft zu formulieren. Die Expertenkommission stellte fest, dass noch erheblicher Reformbedarf in der hessischen Polizei bestehe; z. B. im Datenschutz, der Kommunikation mit der Presse oder dem Umgang mit Betroffenen, aber auch bei der Polizei als Ganzes, wenn es etwa um den Aufbau einer Fehlerkultur oder die Entwicklung eines nachhaltigen Fortbildungskonzepts zur Vorbereitung auf Führungsämter gehe. In zehnmonatiger Arbeit hatte die Kommission dazu eine Vielzahl von Empfehlungen für die weitere Arbeit der Polizei ausgearbeitet.

Vermuteter Einschüchterungsversuch: AfD-Kreisgeschäftsführer klagt gegen „Fulda stellt sich quer!"

Von einer Serie von Rechtsstreitigkeiten zwischen dem „Verein Fulda stellt sich quer" (FSSQ) und dem Fuldaer AfD-Kreisgeschäftsführer Pierre Lamely ist zu berichten, die den Verdacht aufkommen lassen, dass der Verein, der sich als „Bildungsverein zur Aufklärung über Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Tendenzen in unserer Gesellschaft" versteht, juristisch eingeschüchtert und seine Arbeit erschwert werden soll. Der Sprecher des Vereins „Fulda stellt sich quer", Andreas Goerke, ist Medienmeldungen zufolge immer wieder Ziel rechter Attacken in der osthessischen Stadt. Zur Chronologie: Laut „Fuldaer Zeitung" vom 30.07.2021 (#309/21) hatte ein 38-jähriger Ex-AfD-Mann am 7. Mai gestanden, 2017 in einem falschen Notruf vorgegeben zu haben, er sei Andreas Goerke und habe seine Frau erschossen. Er belastete AfD-Kreisgeschäftsführer Pierre Lamely und behauptete, aus dessen Smartphone Goerkes Adresse abgeschrieben zu haben. Lamely wies diesen Vorwurf ebenso zurück wie die Aussage, er habe im Nachhinein von der Tat erfahren. „Fulda stellt sich quer" forderte Konsequenzen in der AfD und Lamely zum Rücktritt auf (siehe Mitteilung des Vereins vom 21. Mai ›› https://fulda-stellt-sich-quer.org/1455-2/). Zudem wehrte sich der Verein juristisch gegen eine Abmahnung und den Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügungen von Lamely (#248/21) (s. Mitteilung vom 8. Juni ›› https://fulda-stellt-sich-quer.org/fulda-stellt-sich-quer-wehrt-sich-gegen-die-einschuechterungsversuche-der-afd/)

Am 1. Juli gab es ein Zivilverfahren vor dem Landgericht Fulda, in dem die Anwälte in einem Streit um einen Blogbeitrag von „Fulda stellt sich quer" um einen Vergleich stritten. Doch beide Seiten verwiesen auf eidesstattliche Versicherungen. Am 16. Juli wies die zuständige Richterin Lamelys Antrag auf eine einstweilige Verfügung ab. Lamely legte daraufhin Berufung vor dem Oberlandesgericht

#306/21

16.07.2021

Klage gegen „Fulda stellt sich quer" abgewiesen

Fulda (Landkreis Fulda)

Quelle:
https://fulda-stellt-sich-quer.org/fssq-schaltet-nach-gewonnener-gerichtsverhandlung-staatsanwaltschaft-ein/

Schlagworte:
#Prozess #AfD

#307/21

19.07.2021

Lamely bestreit Aussagen von „Fulda stellt sich quer"

Fulda (Landkreis Fulda)

Quelle:
https://www.fuldainfo.de/308277-2/

Schlagworte:
#Prozess #AfD

#308/21

27.07.2021

Rechtsstreit zwischen dem zivilgesellschaftlichen Verein „Fulda stellt sich quer" und der AfD weitet sich aus.

Fulda (Landkreis Fulda)

Quelle:
https://fulda-stellt-sich-quer.org/afd-kreisgeschaeftsfuehrer-spielt-mit-sehr-hohem-einsatz/

(OLG) Frankfurt ein und ließ dem Verein eine weitere Unterlassungsandrohung zukommen (#306/21). Lamely gab sich laut „Fuldaer Zeitung" zuversichtlich, vor dem OLG einen Erfolg zu erringen. Er bestreite weiterhin die Vorwürfe und empfinde die Darstellungen von „Fulda stellt sich quer" als vorverurteilend (#307/21). Andreas Goerke von „Fulda stellt sich quer" dagegen sagte im „Neuen Deutschland" (nd): „Ganz offenkundig versucht Herr Lamely auch weiterhin, den Verein einzuschüchtern sowie mit Klagen und Verfahren mundtot zu machen"(#310/21). „Wir sind so mit den Gerichtsverfahren beschäftigt, dass wir manchmal an die Grenzen unserer Aktivitäten gekommen sind", betont auch Steffen Eckes vom Presseteam des Vereins „Fulda stellt sich quer" gegenüber „nd". Die Verfahren zehrten auch an der finanziellen Substanz des Vereins; Eckes spricht von Gerichtskosten bis zu 20 000 Euro, die mittlerweile angefallen seien.

Hintergrundinformation dazu: Rechtsanwalt Alexander Hoffmann wies 2020 in dem Sammelband „Recht gegen rechts" und in einem Artikel auf „Netzpolitik.org" darauf hin, dass immer wieder Abmahnungen und Anträge auf den Erlass einstweiliger Verfügungen von rechten Organisationen und Einzelpersonen als Mittel eingesetzt werden, um kritische Berichterstattung zu unterbinden[1]. Da der Streitwert in solchen Verfahren oft hoch sei, würden solche Klagen häufig existenzbedrohend für Medienprojekt oder freischaffende Journalist*innen ohne finanzielle Rücklagen sein

1) Alexander Hoffmann (2020): Abmahnungen als Strategie im politischen Meinungskampf: https://netzpolitik.org/2020/abmahnungen-als-strategie-im-politischen-meinungskampf/

Schlagworte:
#Prozess #AfD

#309/21

30.07.2021

Strafanzeige und Berufung: Rechtsstreitigkeiten zwischen AfD und Goerke gehen weiter

Fulda (Landkreis Fulda)

Quelle:
https://www.fuldaerzeitung.de/fulda/fulda-rechtsstreit-afd-andreas-goerke-strafanzeige-pierre-lamely-landgericht-juergen-kasek-90894183.html

Schlagworte:
#Prozess #AfD

#310/21

12.08.2021

Rechte Einschüchterungsversuche gegen „Fulda stellt sich quer"

Fulda (Landkreis Fulda)

Quelle:
https://www.nd-aktuell.de/artikel/1155503.fulda-stellt-sich-quer-rechte-einschuechterungen.html

Schlagworte:
#Prozess #AfD

#311/21

02.07.2021

NPD stellt Kandidaten für Bürgermeisterwahl in Büdingen auf

Büdingen (Wetteraukreis)

Laut eigenen Angaben auf Facebook vom 2. Juli hat die NPD einen Kandidaten für die Bürgermeisterwahl in Büdingen aufgestellt. Dabei handelt es sich um den hessischen NPD-Landesvorsitzenden Daniel Lachmann.

Quelle:
https://www.facebook.com/Buedingen.wehrt.sich.Asylflut.stoppen/posts/5648063251934205

Schlagworte:
#NPD #Wahlen

#312/21

02.07.2021

Rassistische Schriftzüge in Altenstadt geschmiert

Altenstadt (Wetteraukreis)

Einer Polizeimeldung zufolge wurden am 2. Juli rassistische Schriftzüge an Bänken, einem Stromkasten und einem Verkehrsschild im Tannenweg und der Eichbaumstraße in Altenstadt-Waldsiedlung entdeckt. Schriftzüge mit gleichem Inhalt fanden sich in der Waldsiedlung bereits Ende Juni. Die Polizei ermittelt auch wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/43647/4960116

Schlagworte:
#Rassismus #VerboteneSymbole #Graffiti

#313/21

03.07.2021

NPD-Infostand in Büdingen

Büdingen (Wetteraukreis)

Laut eigenen Angaben auf Facebook hat die NPD am 3. Juli einen Infostand in Büdingen aufgestellt.

Quelle:
https://www.facebook.com/npd.buedingen/posts/1791210361059324

Schlagworte:
#NPD #Infostand

#314/21

03.07.2021

Nazi-Inhalte in Gruppenchat bei Esport-Verein

Frankfurt am Main

Einem Bericht des Portals „esports.com" zufolge sind am 3. Juli Screenshots von nationalsozialistischen und antisemitischen Inhalte innerhalb eines teameigenen Chats beim Verein „1. Esport Club Frankfurt e. V." aufgetaucht. Der Verein bestätigte in einer Mitteilung am 7. Juli auf seinem Twitter-Account, dass entsprechende Nachrichten tatsächlich von einem Spieler gesendet wurden, der ihrer „Rainbow Six"-Mannschaft angehöre. Der Verein distanzierte sich von den Inhalten und will die Vorfälle in Kooperation mit der „Bildungsstätte Anne Frank" aufarbeiten.

Quellen:
https://www.esports.com/de/esport-team-teilt-nationalsozialistische-inhalte-verein-bezieht-stellung-247459

https://twitter.com/1ECFrankfurt/status/1412453662123831305

Schlagworte:
#HassimNetz #Antisemitismus #VerboteneSymbole

#315/21

06.07.2021

Holocaustleugner schreibt Hassbrief an Spiegel-Redakteur

Frankfurt am Main

Am 6. Juli veröffentlichte der „Spiegel" einen Artikel über einen 97-jährigen Mann aus Frankfurt am Main. Dieser hatte dem Autor des Artikels zuvor einen Hassbrief geschickt, in dem er unter anderem den Holocaust leugnete.

Quelle:
https://www.spiegel.de/politik/reaktion-auf-hasspost-mein-besuch-beim-holocaust-leugner-a-09a91d71-0002-0001-0000-000178206306

Schlagworte:
#Holocaustleugnung #Antisemitismus

#316/21

06.07.2021

Verfassungsfeindliche Parolen und Handzeichen

Schotten (Vogelsbergkreis)

Laut Polizeimeldung soll ein unbekannter 20 bis 30 Jahre alter Mann in der Ludwigstraße in Schotten verfassungswidrige Parolen gerufen und verbotene Handzeichen gemacht haben (Anm. der Redaktion: Beim „verbotenen Handzeichen" handelt es sich wahrscheinlich um einen Hitlergruß).

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/43558/4961358

Schlagworte:
#Hitlergruß #RechteParolen

#317/21

07.07.2021

Rassistischer Übergriff auf Discounter-Parkplatz

Langgöns (Landkreis Gießen)

Laut Polizeimeldung vom 7. Juli soll ein 64-jähriger Autofahrer einen Mann auf einem Discounterparkplatz am St.-Ulrich-Ring in Langgöns rassistisch beleidigt und geschlagen haben. Der Täter soll den marokkanischen Staatsbürger als „Scheiß Ausländer" bezeichnet haben.

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/43559/4962569

Schlagworte:
#Rassismus #Übergriff

#318/21

12.07.2021

„Schwarze Kreuze" aufgestellt

Groß-Gerau (Kreis Groß-Gerau)

Wie die Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus Groß-Gerau mitteilte, wurde am 12. Juli am Ortsausgang von Groß-Gerau Dornheim in Richtung Wolfskehlen ein schwarzes Kreuz mit der Aufschrift „Deutsche

Opfer. Nie vergessen! Nie vergeben!" aufgestellt. Ein zweites schwarzes Kreuz mit der Aufschrift „Würzburg ist überall" wurde ebenfalls in Groß-Gerau Dornheim aufgestellt. „Schwarze Kreuze" ist eine bundesweite Kampagne der rechten Szene, die seit 2014 jährlich am 13. Juli stattfindet.

Quelle:
Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus Groß-Gerau (https://nora-gg.de/)

Schlagworte:
#Rassismus #Aktion

#319/21
13.07.2021

34-Jähriger brüllt rechte Parolen und zeigt den Hitlergruß

Herborn (Lahn-Dill-Kreis)

Laut Polizeimeldung lief ein 34-jähriger am 13. Juli durch die Herborner Innenstadt, rief rechte Parolen und zeigte den Hitlergruß. Er wurde von der Polizei am Bahnhofsvorplatz gestellt.

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/56920/4968654

Schlagworte:
#Hitlergruß #RechteParolen

#320/21
15.07.2021

Festnahme und Waffenfunde nach Anschlagsankündigung

Frankfurt am Main

Einem Artikel der „FAZ" zufolge hat die Polizei am 15. Juli einen 53-jährigen Mann festgenommen, der zuvor in mehreren wirren Briefen einen Anschlag für den 20. Juli angekündigt hatte. Bei der anschließenden Durchsuchung wurden zahlreiche Waffen sichergestellt: Gas- und Luftdruckwaffen, eine Armbrust, Dolche, Schwerter und weitere Gegenstände. Für das Verüben eines gefährlichen Anschlags wären die sichergestellten Waffen geeignet gewesen, heißt es von den Behörden. Der Verhaftete soll bereits seit längerem Briefe mit wirren, unverständlichen Inhalten an Behörden und Gerichte geschickt haben. In seinen Schreiben beschwerte er sich über angebliche Ungerechtigkeiten staatlicher Stellen und reicherte sie wahllos mit Zitaten aus Gesetzestexten an. Die Diktion der Schreiben habe auch auf eine ideologische Nähe zur Szene der Reichsbürger hingedeu-

tet. Eine direkte Verbindung zur Reichsbürger-Szene konnte die Polizei allerdings nicht feststellen.

Quelle:
https://www.faz.net/-gzh-adxd3

Schlagworte:
#Waffen #Bedrohung #Reichsbürger

#321/21

16.07.2021

Verbotene Symbole an der Weidenhäuser Straße gesprüht

Marburg (Marburg-Biedenkopf)

Laut Polizeimeldung sprühten Unbekannte am 16. Juli mit silberner Sprühfarbe und pinkfarbener Kreide Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen auf die Fassade eines Hauses in der Weidenhäuser Straße in Marburg.

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/43648/4970795

Schlagworte:
#Graffiti #VerboteneSymbole

#322/21

**16.07.2021-
18.07.2021**

Rassistischer Schriftzug über Gedicht gesprüht

Darmstadt

Laut Polizeimeldung wurde am Wochenende vom 16. bis 18. Juli ein Gedicht in der Otto-Röhm-Straße in Darmstadt mit einem rassistischen Schriftzug übersprüht

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4969/4972622

Schlagworte:
#Graffiti #RechteParolen

#323/21
18.07.2021

Mülleimer ins Theaterpublikum geworfen

Frankfurt am Main

Wie die „Frankfurter Neue Presse" berichtete, wurde während einer Vorstellung der Theatergruppe „BusStop" am 18. Juli im Hof des Dahlberger Hauses in Frankfurt-Höchst ein Mülleimer in das Publikum geworfen. Die Tat soll von vier Jugendlichen begangen worden sein, die flüchten konnten. Eine Zuschauerin erlitt Prellungen. Klaus Baumgarten, Mitgründer der Theatergruppe, vermutete ein rassistisches Motiv, da die Theatergruppe sich gegen Rassismus einsetzt. Auch Plakate, die das Stück bewarben, seien abgerissen worden.

Quelle:
https://www.fnp.de/frankfurt/theaterbesucherin-in-frankfurt-wird-von-muelleimer-getroffen-verletzt-90869052.html

Schlagworte:
#Rassismus #Übergriff

#324/21
19.07.2021

Werbeplakat mit Hakenkreuz bemalt

Frankfurt am Main

Laut Polizeimeldung wurde am 19. Juli ein 58-jähriger Mann festgenommen, der zuvor am Frankfurter Hauptbahnhof ein Werbeplakat der Bundeswehr mit einem Hakenkreuz bemalt hatte.

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/63987/4973287

Schlagworte:
#Hakenkreuz #Graffiti

#325/21
19.07.2021

Rund 2500 „Graue Wölfe" in Hessen

hessenweit

Laut Bericht der „FAZ" vom 19. Juni werden der rechtsextremistischen türkischen Bewegung „Graue Wölfe" in Hessen rund 2.500 Anhänger*innen zugerechnet. „Graue Wölfe", auf Türkisch „Bozkurtlar", ist eine um-

gangssprachliche Bezeichnung für Mitglieder der türkischen rechtsextremen „Ülkücü"-Bewegung. Sie steht der türkisch-nationalistischen Partei MHP nahe. Laut dem hessischen Innenminister Peter Beuth seien zwischen 2014 und 2020 vier konkrete Straftaten durch die „Grauen Wölfe" in Hessen registriert worden.

Quelle:
https://www.faz.net/-gzl-adw6y

Schlagworte:
#Hintergrund #GraueWölfe

#326/21

21.07.2021

Franco A. an Goethe-Universität eingeschrieben

Frankfurt am Main

Wie die „FAZ" am 21. Juli berichtete, ist der mutmaßliche Rechtsterrorist Franco A. an der Goethe-Universität Frankfurt in Rechtswissenschaften eingeschrieben. Gegen A. läuft ein Gerichtsprozess, er ist unter anderem wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat angeklagt (Hintergründe im Monitoring-Bericht Mai/Juni 2021: Fokus „Beginn des Prozesses um den terrorverdächtigen Bundeswehrsoldaten Franco A.").

Quelle:
https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/frankfurt-asta-der-goethe-uni-hat-angst-vor-franco-a-17448130.html

Schlagworte:
#FrancoA #Rechtsterrorismus

#327/21

**21.07.2021-
22.07.2021**

Hakenkreuz und SS-Symbol gesprüht

Dillenburg (Lahn-Dill-Kreis)

Laut Polizeimeldung brachten Unbekannte zwischen dem 21. und 22. Juli in der Straße „Fauleborn" in Dillenburg-Manderbach mit schwarzer Sprühfarbe ein Hakenkreuz und die Buchstaben „SS" auf der Beifahrerseite eines weißen Ford Transits an.

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/56920/4975727

Schlagworte:
#Graffiti #Hakenkreuz #VerboteneSymbole

#328/21

22.07.2021

Aufkleber mit Keltenkreuz übermalt

Frankfurt am Main

Laut einer Twittermitteilung des Journalisten Sebastian Hell wurden am 22. Juli an der Bockenheimer Warte in Frankfurt am Main aufgemalte Keltenkreuze entdeckt. Mit den Keltenkreuzen wurden Aufkleber mit den Namen der Opfer des rechten Terroranschlags von Hanau übermalt. Das gleichschenklige Keltenkreuz gilt in der rechten Szene als White-Power-Symbol. Seine öffentliche Verwendung ist strafbar.

Quelle:
https://twitter.com/sebastain_hell/status/1418233110634942466

Schlagworte:
#Graffiti #Rassismus #VerboteneSymbole

#329/21

23.07.2021 - 24.07.2021

Regenbogenfahnen zerschnitten – homosexuellenfeindliche Parole gesprüht

Rechtenbacht (Lahn-Dill-Kreis)

Laut Polizeimeldung wurde zwischen dem 23. und 24. Juli am Rewe-Markt in der Straße „Im Dollenstück" in Rechtenbach von Unbekannten zwei vor dem Markt gehisste Regenbogenfarben zerschnitten und mit weißer Farbe eine homosexuellenfeindliche Parole auf eine Sichtschutzplane gesprüht.

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/56920/4978529

Schlagworte:
#Homosexuellenfeindlichkeit #Graffiti #Sachbeschädigung

#330/21
26.07.2021

Rechte Aufkleber an Grillhütte

Nieder-Ofleiden (Vogelsbergkreis)

Am 26. Juli wurden an der Grillhütte „Dicke Steine" in Nieder-Ofleiden rechte Aufkleber entdeckt. Unter anderem wurden Reichsflaggen verklebt und Aufkleber mit den Aufschriften „Good Night Left Side" und „Love Animals Hate Antifa" gefunden. Auf einem Aufkleber war auch die Adresse der Webseite von „Druck18" zu erkennen. „Druck18" ist der Online-Shop des Thüringer Rechtsextremisten Tommy F.

Quelle:
Info kam per Mail

Schlagworte:
#Aufkleber

#331/21
27.07.2021

Regenbogenbanner abgerissen

Wiesbaden

Laut einer Pressemitteilung des Bistums Limburg wurde in der Nacht zum 27. Juli an der katholischen Jugendkirche Kana in Wiesbaden von Unbekannten ein großes Regenbogenbanner abgerissen.

Quelle:
https://bistumlimburg.de/beitrag/regenbogenbanner-abgerissen/

Schlagworte:
#Homosexuellenfeindlichkeit #Sachbeschädigung

#332/21
28.07.2021

„Königreich Deutschland" auf Immobiliensuche

Bad Nauheim (Wetteraukreis) / hessenweit / bundesweit

In einer Pressemitteilung vom 28. Juli warnte das hessische Landesamt für Verfassungsschutz in einer Pressemitteilung vor Ankauf- oder Anmietversuchen der extremistischen Organisation „Königreich Deutschland" (KRD). Unter dem Vorwand der Gründung eines „ökologischen Gemeinwohldorfes" ging bei einer hessischen Kommune eine Anfrage zum

Ankauf/zur Anmietung von geeigneten Grundstücken mit Immobilien ein. Die Anfrage war nicht auf den ersten Blick dem „Königreich Deutschland" zuzuordnen, da als Anfrager der „Gemeinnützige Verein FairTeilen e.V." auftrat. Art und Aufmachung der Anfrage deuten darauf hin, dass es sich um eine Serienanfrage handeln könnte. Hinter „Königreich Deutschland" verbirgt sich eine Gruppe um Peter Fitzek, die dem Reichsbürger-Milieu zuzurechnen ist. Laut eines Hinweises, der an die Redaktion ging, traf eine solche Anfrage im Juni 2021 in der Gemeinde Bad Nauheim ein.

Quelle:
https://lfv.hessen.de/presse/aktuelles-pressemitteilungen/warnung-das-%E2%80%9Ek%C3%B6nigreich-deutschland%E2%80%9C-auf-immobiliensuche

Info kam per Mail

Schlagworte:
#Reichsbürger #KönigreichDeutschland #Immobilie

#333/21
02.08.2021

Rassistischer Übergriff in S-Bahn

Frankfurt am Main

Laut Bericht des „Usinger Anzeigers" kam es am 2. August in einer S-Bahn Richtung Frankfurt Hauptbahnhof zu einem rassistischen Übergriff. Nach einer verbalen Auseinandersetzung riss ein 79-jähriger Täter an der Krawatte eines kongolesischen Reisenden, äußerte rassistische Beleidigungen, kratzte ihn im Gesicht und drohte, ihn umzubringen. Anschließend versuchte der Täter, dem Opfer gewaltsam die Laptoptasche zu entwenden. Bei Ankunft am Frankfurter Hauptbahnhof wurde der Täter festgenommen. Das Opfer wurde durch den Vorfall leicht verletzt.

Quelle:
https://www.usinger-anzeiger.de/lokales/rhein-main/rassistischer-angriff-in-s-bahn-79-jahriger-festgenommen_24227488

Schlagworte:
#Übergriff #Rassismus #Beleidigung

#334/21
04.08.2021

Rechte Schmierereien am Bahnhof

Bad Soden am Taunus (Main-Taunus-Kreis)

Laut einer Mitteilung des Accounts „Antifaschistische Intervention Taunus" auf Twitter vom 4. August wurden rechte Schmierereien am Bahnhof Bad Soden am Taunus entdeckt. Auf den beigefügten Bildern ist der Zahlencode „1488" sowie wie der Schriftzug „HKNKRZ" (Hakenkreuz) zu

sehen. 1488 ist ein von Neonazis häufig genutzter Zahlencode, der für die rassistische Grußformel „14 words" sowie „Heil Hitler" steht.

Quelle:
https://twitter.com/AntiFA_MTK/status/1422926329834577920

Schlagworte:
#Graffiti

#335/21

05.08.2021 - 10.08.2021

Rechte Aufkleber in Fulda entdeckt

Fulda (Landkreis Fulda)

Laut einer Mitteilung an die Redaktion wurden in Fulda zwischen dem 5. und 10. August mehrere rechte Aufkleber entdeckt. Am 5. August wurde in der Frankfurter Straße ein Aufkleber mit der Aufschrift „King Kong is back - Wir müssen unsere Frauen schützen" entdeckt. Der Aufkleber stammt vermutlich aus dem Online-Shop des Rechtsextremisten Sven L. aus Halle. Am 8. August wurde in der Frankfurter Straße ein Aufkleber mit der Aufschrift „Ein Herz für den Südend N****" entdeckt. Der Aufkleber bezieht sich auf Diskussionen um den Fuldaer Karnevalsverein Südend. Der Klub sah sich Rassismusvorwürfen ausgesetzt, weil Mitglieder Kolonialuniformen trugen und sich als schwarze Menschen geschminkt hatten. Am 10. August wurde in der Straße Hinterburg „Preparing for the last battle" entdeckt. Der Aufkleber stammt vermutlich aus dem Online-Shop „druck18" des Rechtsextremisten Tommy F. aus Kloster Veßra in Thüringen.

Quelle:
Info kam per Mail

Schlagworte:
#Aufkleber #Rassismus

#336/21

06.08.2021

„Der III. Weg" verteilt homosexuellenfeindliche Flyer

Kirschhofen (Limburg-Weilburg)

Laut eigener Darstellung vom 6. August verteilte die neonazistische Kleinpartei „Der III. Weg" in Kirschhofen Flyer mit homosexuellenfeindlichen Inhalten. Eine entsprechende Nachricht wurde auf der Homepage der Partei veröffentlicht.

Quelle:
https://der-dritte-weg.info/2021/08/verteilung-in-kirschhofen-an-der-lahn/

Schlagworte:
#Homosexuellenfeindlichkeit #DritterWeg

#337/21

07.08.2021

Hakenkreuze an Ärztehaus geritzt

Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis)

Laut Polizeimeldung wurde am 7. August ein eingeritztes Hakenkreuz an der Fassade des Ärztehauses in der Spilburstraße in Wetzlar entdeckt. Es ist bereits das zweite Mal in diesem Jahr, dass Hakenkreuze in das Haus geritzt wurden. Am 4. Mai wurden ebenfalls zwei Hakenkreuze am Gebäude entdeckt.

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/56920/4991031

Schlagworte:
#Hakenkreuz

#338/21

08.08.2021

Homosexuellenfeindlicher Übergriff auf „Prince Charming"-Kandidat

Frankfurt am Main

Laut Bericht von „Queer.de" wurde ein Kandidat der Reality-TV-Show „Prince Charming" am 8. August an der Konstablerwache in Frankfurt am Main Opfer eines homosexuellenfeindlichen Übergriffs. In einer Veröffentlichung auf seinem Instagram-Profil berichtete er über den Angriff. Er habe der Polizei Videos von dem Übergriff zur Verfügung gestellt.

Quelle:
https://www.queer.de/detail.php?article_id=39682

Schlagworte:
#Homosexuellenfeindlichkeit #Übergriff

#339/21
09.08.2021

Homosexuellenfeindliches Graffito in Gießen

Gießen (Landkreis Gießen)

Laut einer Mitteilung des Accounts „Fuchsbaubewohner" am 9. August auf Twitter wurde ein homosexuellen- und transfeindliches Graffito in der Straße „Schiffenberger Tal" in Gießen entdeckt.

Quelle:
https://twitter.com/Fuchsbau_22/status/1424658169448615937

Schlagworte:
#Graffiti #Homosexuellenfeindlichkeit #Transfeindlichkeit

#340/21
09.08.2021

CDU-Bundestagsabgeordneter vergleicht Zuwanderung mit Viehwirtschaft

Wetzlar (Lahn-Dill-Kreise)

Laut Bericht der „Hessenschau" veröffentlichte der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer am 9. August auf seiner Facebook-Seite ein Video, in dem er einen Vergleich zwischen Zuwanderung und Viehwirtschaft zog. In dem Video kritisierte er die Einwanderungspolitik der Grünen mit den Worten: „Es ist schon erstaunlich, dass die Grünen sogar in der Landwirtschaft fordern, dass es pro Stall Obergrenzen gibt. In der Viehwirtschaft funktioniert das. Gleichzeitig lehnten die Grünen Obergrenzen bei der Zuwanderung ab", so Irmer. In dem Video stellte Irmer auch die Frage: „Wo bleibt eigentlich der normale weiße Bürger?" Vertreter*innen anderer Parteien warfen Irmer daraufhin Rassismus vor.

Quelle:
https://www.hessenschau.de/politik/empoerung-nach-irmer-aeusserung-ueber-zuwanderung-und-viehhaltung,irmer-viehhaltung-zuwanderung-100.html

Schlagworte:
#Rassismus

#341/21

10.08.2021

Antimuslimischer Rassismus in Visitenkartengröße

Künzell (Landkreis Fulda)

Laut einer Mitteilung an die Redaktion wurden in Künzell an der Haltestelle Gemeindezentrum im Hahlweg und auf dem Platz am Ortsmittelpunkt am 10. August mindestens 30 Kärtchen in Visitenkartengröße entdeckt, die auf die Webseite der Kampagne „Keine Moschee" verweisen. Die Kampagne wendet sich gegen die Errichtung von Moscheen und verwendet Argumentationsmuster des antimuslimischen Rassismus. Hinter der Kampagne steht die christlich-fundamentalistische Organisation „Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen e. V."

Quelle:
Info kam per Mail

Schlagworte:
#AntimuslimischerRassismus #Flugblätter

#342/21

11.08.2021

Hintergrundbericht zu rechtem Terrorismus in Hessen 1980

Frankfurt am Main

Die „Frankfurter Rundschau" veröffentlichte am 11. August einen historischen Hintergrundbericht über den damals in Frankfurt lebenden Rechtsterroristen Frank Schubert, der 1980 bei einem missglückten Waffenschmuggel an der Grenze zu Deutschland zwei Schweizer Polizeibeamte erschoss, bevor er sich nach einem Feuergefecht mit der Polizei selbst richtete.

Quelle:
https://www.fr.de/politik/neonazi-frank-schubert-war-kein-einzeltaeter-90913077.html

Schlagworte:
#Rechtsterrorismus #Hintergrund

#343/21

12.08.2021

Campingplatz weist Sinti-Familie ab

Bad Zwesten (Schwalm-Eder-Kreis)

Wie die „Hessenschau" am 12. August berichtete, wurde in Bad Zwesten einer Sinti-Familie der Zugang zum dortigen Wald-Campingplatz verwehrt. Grundlage der Ablehnung war ein antiziganistischer Beschluss, den der Betreiber des Platzes, der „Camping Club Kassel", gefasst hatte, der Sinti und Roma den Zutritt zu dem Gelände verwehrte. Inzwischen hat sich ein Vorstandsmitglied des Clubs entschuldigt. Man habe festgelegt, zukünftig keine diskriminierenden Beschlüsse mehr zu fassen zu wollen.

Quelle:
https://www.hessenschau.de/gesellschaft/campingplatz-weist-sinti-familie-ab---und-entschuldigt-sich,campingplatz-sinti-und-roma-100.html

Schlagworte:
#Antiziganismus

#344/21

13.08.2021

„Der III. Weg" besuchte Grab von Manfred von Richthofen

Wiesbaden

Laut eigener Darstellung auf ihrer Webseite am 13. August besuchte die rechtsextreme Kleinpartei „Der III. Weg" das Grab von Manfred von Richthofen auf dem Wiesbadener Südfriedhof.

Quelle:
https://der-dritte-weg.info/2021/08/wiesbaden-besuch-am-grab-des-roten-barons/

Schlagworte:
#Veranstaltung #Kundgebung #DritterWeg

#345/21

18.08.2021

Neurechter Aufkleber in Frankfurt-Griesheim entdeckt

Frankfurt am Main

Laut eines Hinweises an die Redaktion wurde am 18. August ein Aufkleber mit der Aufschrift „Niemals auf Knien" aus einem Onlineshop aus dem Umfeld der „Identitären Bewegung" entdeckt.

Quelle:
Info kam per Mail

Schlagworte:
#IB #Aufkleber

#346/21

18.08.2021

Hakenkreuz an Stromkasten gesprüht

Schlüchtern (Main-Kinzig-Kreis)

Laut Polizeimeldung wurde am 18. August ein aufgesprühtes Hakenkreuz auf einem Stromverteilerkasten in der Straße „Am Elmacker" in Schlüchtern entdeckt.

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/43561/4998243

Schlagworte:
#Hakenkreuz #Graffiti

#347/21

18.08.2021

Hakenkreuz auf Wirtschaftsweg geschmiert

Hörnsheim (Lahn-Dill-Kreis)

Laut Polizeimeldung wurde am 18. August ein in gelber Farbe gesprühtes Hakenkreuz auf einem Wirtschaftsweg zwischen Inselhof und Lindenhof, im Bereich der Kreisstraße 981 zwischen Hörnsheim und dem Kreisverkehr am Industriegebiet Hüttenberg, entdeckt.

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/56920/5001786

Schlagworte:
#Hakenkreuz #Graffiti

#348/21

19.08.2021

Mann zeigt Hitlergruß

Darmstadt

Laut Polzeimeldung zeigte ein 51-jähriger Mann in der Nacht zum 19. August gegenüber Polizist*innen den Hitlergruß. Er soll zuvor in einem Krankenhaus in der Grafenstraße einen Diebstahl begangen haben. Der Mann wurde festgenommen

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4969/4998012

Schlagworte:
#Hitlergruß #Diebstahl

#349/21

19.08.2021

Erneut Hitlergruß in Darmstadt

Darmstadt

Laut Bericht des „Darmstädter Echo" wurde ein 51-jähriger am 19. August in der Darmstädter Innenstadt festgenommen, weil er Passanten den Hitlergruß zeigte. Es handelte sich dabei um dieselbe Person, die bereits in der Nacht zuvor gegenüber Polizist*innen den Hitlergruß zeigte (#348/20.).

Quelle:
https://www.echo-online.de/lokales/darmstadt/hitlergruss-in-darmstadt-51-jahriger-wieder-festgenommen_24328553

Schlagworte:
#Hitlergruß

#350/21

22.08.2021

„Der III. Weg" verteilt homosexuellenfeindliche Flyer

Darmstadt

Laut Mitteilung auf der Homepage der neonazistischen Kleinpartei „Der III.Weg" vom 22. August wurden in Darmstadt Flyer mit homosexuellenfeindlichen Inhalten verteilt.

Quelle:
https://der-dritte-weg.info/2021/08/flugblattverteilaktion-gegen-den-csd-in-darmstadt/

Schlagworte:
#Homosexuellenfeindlichkeit #DritterWeg

#351/21
24.08.2021

„Die Linke" kritisiert „EU-Kanton Rhein-Main"

Hanau (Main-Kinzig-Kreis)

Laut eines Berichts der „Frankfurter Rundschau" vom 24. August kritisierte „Die Linke" Main-Kinzig den Verein „EU-Kanton Rhein-Main" in einem offenen Brief und nahm nicht an einer Debatte des Vereins zur Bundestagswahl teil. „EU-Kanton Rhein-Main" gibt in der Satzung die Förderung des europäischen Gedankens als Ziel an, etwa durch Bildungsarbeit. Die Linke kritisierte die Nähe des Vereins zu rechten Parteien. So sei ein Gründungsmitglied des Vereins der AfD beigetreten. Der Verein bot 2020 auch Erika Steinbach, Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, ein Forum für eine Lesung. Zudem ist Bernd-Rüdiger Förster, hessischer Landesvorsitzender der Republikaner, Vereinsmitglied.

Quelle:
https://www.fr.de/rhein-main/hanau-linke-bleibt-debatte-aus-protest-fern-90939916.html

Schlagworte:
#Veranstaltung #AfD #Republikaner #DesideriusErasmusStiftung

#352/21
25.08.2021

Neuer Fall von Rechtsextremismus bei der Polizei

Südhessen

Wie die „Frankfurter Rundschau" am 25. August berichtete, verbreitete ein Polizeibeamter aus Südhessen in einem privaten Chat rassistische Bilder und Äußerungen. Gegen den Beamten sei ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden und er sei suspendiert worden, so Polizeisprecherin Andrea Löb. Aufgrund der Vielzahl rechter Vorfälle bei der hessischen Polizei hat eine inzwischen eingesetzte Expertenkommission erheblichen Reformbedarf festgestellt; siehe auch unser Schwerpunktthema oben: „Hessische Polizei weiter im Fokus: Auflösung und Neustrukturierung des SEK"

Quelle:
https://www.fr.de/rhein-main/darmstadt/suedhessen-neuer-fall-von-rechtsextremimus-bei-der-polizei-90941888.html

Schlagworte:
#Polizeiskandal #Rassismus

#353/21

25.08.2021

Kritik am „Go for Gold"-Kongress in Wiesbaden

Wiesbaden

Einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" vom 25. August zufolge gab es Kritik an einem Kongress unter dem Titel „Go for Gold", der am 18. und 19. September im Rhein-Main-Congresscenter in Wiesbaden stattfinden soll. Vor allem einige Redner bei dem Kongress stehen in der Kritik. Der Historiker Daniele Ganser gilt als prominenter Verschwörungsideologe. Der Ökonomen Max Otte war Vorsitzender des Kuratoriums der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung und ist gegenwärtig Vorsitzender der rechten CDU-nahen Werteunion. Der Veranstalter, die Solit-Gruppe, wies die Kritik zurück und meinte, der Kongress sei keine politische Veranstaltung. Die Wiesbadener Initiative „Moment mal! Aktion für eine offene Gesellschaft" und die Organisation „Spiegelbild – Politische Bildung" starteten eine Informationskampagne über die ideologischen Hintergründe und das politische Umfeld des Kongresses.

Quellen:
https://www.fr.de/rhein-main/wiesbaden/kritik-am-wertekongress-go-for-gold-in-wiesbaden-90941901.html

https://falsche-propheten.gold/

Schlagworte:
#Veranstaltung #Werteunion #Verschwörungsideologie #DesideriusErasmusStiftung

#354/21

25.08.2021

Jochen Amann scheidet aus AfD-Fraktion in Büdingen aus

Büdingen (Wetteraukreis)

Einem Bericht des „Kreis-Anzeigers" vom 25. August zufolge trennte sich die Wetterauer AfD von ihrem Mandatsträger Jochen Amann. Amann steigt aus der Kreistagsfraktion aus, bleibt als unabhängiger Stadtverordneter aber Mitglied des Büdinger Parlaments. Grund dafür sollen laut Aussage des AfD-Kreissprechers Andreas Lichert intern getätigte Äußerungen von Amann sein. Neben seiner Tätigkeit für die AfD war Amann auch einer der Organisatoren der Corona-Protestgruppen „Querdenken 6051 Gelnhausen" und „Allianz pro Grundgesetz" (#282/21). Amann be-

treibt auch die Webseite „Recht und Freiheit", auf der sich Reichsbürger- und Verschwörungsideologien finden. Laut dem Büdinger AfD-Fraktionsvorsitzenden Robert Wasiliew habe man die Inhalte der Homepage, sofern ihm bekannt, nicht beanstandet.

Quelle:
https://www.kreis-anzeiger.de/lokales/wetteraukreis/buedingen/afd-wetterau-und-mandatstrager-jochen-amann-gehen-getrennte-wege_24351470

Schlagworte:
#AfD #Corona #Querdenker #Reichsbürger #Verschwörungsideologie

#355/21
27.08.2021

„Der III. Weg" führt Parteiabend durch

unbekannt (Westerwald/Taunus)

Am 27. August meldete die rechtsextreme Kleinpartei „Der III. Weg" auf ihrer Homepage die Durchführung eines „Stützpunktabends" in der Region Westerwald/Taunus. Als „Stützpunkte" bezeichnet „Der III. Weg" die regionalen Untergliederungen seiner Partei. Laut der Partei habe man dabei über Unterstützung bei der Bewältigung der Flutkatastrophe im Ahrtal gesprochen. Mitglieder der Partei hatten sich dort in der Vergangenheit als Helfer*innen inszeniert.

Quelle:
https://der-dritte-weg.info/2021/08/stuetzpunktabend-im-westerwald/

Schlagworte:
#DritterWeg #Veranstaltung

#356/21
27.08.2021

Graffiti mit verbotenen Symbolen

Marburg (Marburg-Biedenkopf)

Laut Polizeimeldung wurde am 27. August an den Brücken entlang des Lahnradweges zwischen der Weidenhäuser Brücke und der Luisa-Heuser-Brücke insgesamt fünf mit silberner Farbe aufgesprühte verbotene Symbole aus der NS-Zeit festgestellt.

Quelle:
https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/43648/5006802

Schlagworte:
#Graffiti #VerboteneSymbole

#357/21
28.08.2021

AfD-Politiker Härle tritt bei geschichtsrevisionistischer Veranstaltung auf

Friedland (Niedersachsen) / Heusenstamm (Landkreis Offenbach)

Laut einer Mitteilung auf Twitter des freien Journalisten Marco Kemp fand am 28.08.2021 im niedersächsischen Friedland eine Veranstaltung am Heimkehrerdenkmal statt. Laut Pressemitteilung der Polizeiinspektion Göttingen hatte die rechte Vereinigung „Aufbruch Heimat" die Veranstaltung angemeldet. Unter den Teilnehmer*innen befand sich auch der Heusenstammer AfD-Politiker Carsten Härle. Auf Fotos von der Veranstaltung ist zu sehen, dass er eine Rede hielt und einen Kranz mit der Aufschrift „Aufbruch Heimat 2021" trug. Laut Webseite von „Aufbruch Heimat" soll Härle in seiner Rede über die „Kriegsverbrechen der Alliierten" referiert haben. Neben Härle trat auch der rechtsextreme YouTuber Nikolai N., als „Der Volkslehrer" bekannt, bei der Veranstaltung auf. „Aufbruch Heimat" ist eine geschichtsrevisionistische Organisation, die die Oder-Neiße-Grenze in Frage stellt.

Quellen:

https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/119508/5005459

https://twitter.com/foto_kemp/status/1431659826107535362

https://www.flickr.com/photos/marcokemp/sets/72157719740245323/

https://aufbruch-heimat.de/aktuelles/

Schlagworte:

#Härle #Geschichtsrevisionismus #Veranstaltung #Volkslehrer

#358/21
30.08.2021

AfD-Politiker verbreitet NPD-Video

Heusenstamm (Landkreis Offenbach)

Der Heusenstammer AfD-Politiker Carsten Härle verbreitete am 30. August auf seinem Facebook-Profil ein Video des YouTube-Kanals der „Deutschen Stimme". Die „Deutsche Stimme" ist das Parteiorgan der NPD. Im Video werden geschichtsrevisionistische Inhalte verbreitet und es wird mit der NPD-Politikerin Edda Schmidt gesprochen.

Quelle:

https://www.facebook.com/carsten.haerle/posts/1262562884172669

Schlagworte:

#NPD #AfD #Geschichtsrevisionismus

Proteste gegen Maßnahmen in der Corona-Pandemie

Information der Redaktion:

*Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen dagegen sind seit 2020 zu einem signifikanten politischen wie medialen Thema geworden. Dabei greifen auch viele Akteur*innen aus der rechtsextremen Parteien- und Aktivist*innen-Szene das Thema offensiv auf und versuchen, es in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Die Folge sind Demonstrationen und andere Formen der politischen Agitation, die mitunter zur Bühne für rechtsextreme und rechtspopulistische Propaganda werden. Insbesondere antisemitische und demokratiefeindliche Narrative sowie „Verschwörungsideologien" mit rechtsextremen Grundelementen werden immer wieder auf Kundgebungen gegen Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie verbreitet (siehe auch Schwerpunktthema „Querdenker-Demonstrationen" im Monitoring-Bericht November/Dezember 2020).Unsere Redaktion bekommt daher viele Hinweise mit Bezug zu entsprechenden Veranstaltungen. Wir schließen daraus, dass diese Demonstrationen und die daraus entstehende diffuse politische Bewegung für viele Praktiker*innen der Demokratiearbeit eine große Herausforderung darstellen.*

Zwar ist eine abschließende Bewertung und Einordnung der gegenwärtigen Corona- oder der sogenannten „Querdenker"-Proteste noch nicht möglich, und eine Betrachtung muss im Einzelfall immer differenziert erfolgen. Gleichwohl sollen unsere Monitoring-Berichte auch auf aktuelle bedenkliche Entwicklungen, die sich in Umfeld dieser Proteste zeigen, hinweisen und darüber aufklärend informieren. Wir behandeln daher das Thema gesondert in einem eigenen Chronologie-Unterkapitel „Proteste gegen Maßnahmen in der Corona-Pandemie". Dabei werden vor allem Meldungen von Vorfällen aufgenommen, in denen nachweislich Narrative der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" verbreitet und Bezüge zur rechten Szene sichtbar wurden oder die in einem sensiblen gesellschaftlichen Bereich – wie beispielsweise Schulen – stattfanden.

Die Redaktion

Zusatzinformation: Beobachtung von Teilen der „Querdenker" durch den Verfassungsschutz

*Teile der „Querdenken"-Bewegung werden seit April 2021 bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtet (#196/21). Nach Einschätzung der Verfassungsschützer*innen passen die als extremistisch eingeschätzten Teile der Bewegung allerdings in keine der bisherigen Schubladen, weshalb ein neuer Phänomenbereich mit der Bezeichnung „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" geschaffen wurde. Die Proteste seien nicht von Rechtsextremist*innen gesteuert, auch wenn sie unübersehbar Teil der Bewegung seien. (Quellen: https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/2021-04-29-querdenker.html, https://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-querdenker-103.html)*

#359/21
23.07.2021

„Querdenker" organisierten Autokorso

Kassel

Wie der „Tagesspiegel" und die „Hessische/Niedersächsische Allgemeine" berichteten, fand am 23. Juli ein Autokorso der „Querdenker" in der Kasseler Innenstadt statt. Es sollen sich etwa 50 Autos daran beteiligt haben. Der Autokorso fand am Vorabend der untersagten „Querdenker"-Demonstration am 24. Juli in Kassel statt (#360/10). Der ehemalige Party-DJ Michael S., der zu der „Querdenker"-Szene Nordrhein-Westfalens gehörte, nahm am Autokorso teil. Ein Livestream des Korsos zeigte ihn vor Beginn des Korsos, wie er ankündigte, am Samstag in Kassel „Unruhe stiften zu wollen". Später hörte man, wie S. über Lautsprecher verkündete: „Das wird die größte Veranstaltung 2021, vielleicht Merkels Hinrichtung wird noch größer."

Quellen:

https://www.tagesspiegel.de/politik/von-merkels-hinrichtung-fabuliert-querdenker-wollten-in-kassel-unruhe-stiften/27450518.html

https://www.hna.de/thema/corona-virus-sti1424368/ein-wochenende-voller-verlierer-90882528.html

Schlagworte:

#Kundgebung #Querdenker #Drohung

#360/21
24.07.2021

„Querdenker" rufen erneut zu Demo nach Kassel auf

Kassel

Laut Bericht der „Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen" vom 21. Juli rief die „Querdenker"-Bewegung bundesweit zu einer Demonstration am 24. Juli in Kassel auf. Die Stadt hatte die Veranstaltung verboten. Die Gruppe „Freie Bürger Kassel" hatte 3.000 Teilnehmer*innen angemeldet. An einer „Querdenker"-Demonstration am 20. März 2021 in Kassel hatten etwa 20.000 Personen teilgenommen. Es kam damals auch zu gewalttätigen Ausschreitungen (Hintergründe im Monitoring-Bericht März/April 2021: „Querdenker-Demonstration am 20. März in Kassel"). Einem Artikel der „Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen" vom 26. Juli zufolge versuchten einige hundert Personen am 24. Juli, an einer „Querdenker"-Versammlung teilzunehmen. Diese waren zumeist in Kleingruppen in der Kasseler Innenstadt unterwegs. Später versammelten sich etwa 100 Teil-

nehmer*innen zu einem Demonstrationszug im Stadtteil Vorderer Westen. Der Demonstrationszug wurde aber von der Polizei unterbunden. Am Rande einer Gegendemo kam es zu Provokationen durch Angehörige der rechten Szene. Gregory Dauber, Redakteur der „Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen", veröffentlichte auf seinem Twitter-Account ein Foto, das die polizeiliche Durchsuchung einer Person mit einem T-Shirt mit dem Aufdruck „Division Hessen" zeigte. Solche T-Shirts werden im Online-Shop des Thüringer Rechtsextremisten Tommy F. angeboten.

Quellen:

https://www.hna.de/kassel/querdenker-beschwoeren-geist-von-kassel-90873949.html

https://www.hna.de/kassel/ein-wochenende-voller-verlierer-90882528.html

https://twitter.com/GregoryDauber/status/1418894246321528844

Schlagworte:

#Querdenker #Kundgebung #FreieBürgerKassel

#361/21
26.07.2021

Verschwörungsideologischer Aufkleber in Fulda entdeckt

Fulda (Landkreis Fulda)

Laut einem Hinweis, der an die Redaktion ging, wurde am 26. Juli ein Aufkleber auf dem Verbindungsweg zwischen der Herbsteiner Straße und der Görresstraße in Fulda entdeckt. Der Aufkleber stammt aus der Corona-Leugner-Szene. Ein Link auf dem Aufkleber verweist auf die Webseite des Verschwörungsideologen David B.

Quelle:

Info kam per Mail

Schlagworte:

#Corona #Verschwörungsideologie

#362/21
27.07.2021

„Freie Bürger Kassel" koordinieren weltweit Corona-Proteste

Kassel/ weltweit

Laut eines Artikels des britischen „The Guardian" vom 27. Juli wurden Proteste gegen Corona-Maßnahmen am 24. Juli in mehreren Städten in Australien im Internet von einer Gruppe unter dem Namen „Worldwi-

de Demonstration" koordiniert. Die Gruppe soll 45.000 Abonnenten bei Facebook und 70.000 Abonnenten bei Telegram haben. „Worldwide Demonstration" soll von einem Briten und zwei Deutschen, die der Gruppe „Freie Bürger Kassel" angehören, verwaltet werden. Bereits im März soll eine Reihe von weltweiten Protesten von der Gruppe koordiniert worden sein. „Freie Bürger Kassel" hatte auch die Demonstrationen in Kassel am 24. Juli (#360/10) sowie die Demonstration am 20. März in Kassel angemeldet (Hintergründe im Monitoring-Bericht März/April 2021: „Querdenker-Demonstration am 20. März in Kassel").

Quellen:

https://www.theguardian.com/australia-news/2021/jul/27/who-behind-australia-anti-covid-lockdown-protest-march-rallies-sydney-melbourne-far-right-and-german-conspiracy-groups-driving-protests

https://www.hessenschau.de/gesellschaft/kasseler-corona-leugner-mischen-weltweit-bei-anti-lockdown-protesten-mit,corona-freie-buerger-kassel-100.html

Schlagworte:

#Querdenker #FreieBürgerKassel

#363/21

25.08.2021

„Limburg steht auf" verbreitet Falschmeldung über Tod eines 17-Jährigen

Limburg an der Lahn (Limburg-Weilburg)

Am 25. August verbreitete die Gruppe „Limburg steht auf" auf Telegram eine Falschmeldung über den Tod eines 17-Jährigen aus dem Kreis Limburg-Weilburg. Demnach sei der Jugendliche an den Folgen einer Impfung gegen das Corona-Virus gestorben. Wie „mittelhessen.de" am 27. August berichtete, ist diese Meldung falsch.

Quellen:

https://www.mittelhessen.de/lokales/limburg-weilburg/landkreis-limburg-weilburg/querdenker-erfinden-impfopfer-kein-toter-17-jahriger_24361284

https://t.me/LimburgStehtAuf/782

Schlagworte:

#Corona

#364/21
01.07.2021

Verfassungsgericht erklärt Gießener Richter für ungeeignet für Asylverfahren

Gießen (Landkreis Gießen) / Karlsruhe (Baden-Württemberg)

Wie die „Zeit" berichtete, erklärte das Bundesverfassungsgericht am 1. Juli einen Verwaltungsrichter aus Gießen für ungeeignet, Asylverfahren zu entscheiden. Ein Jurist, der Einwanderung als „Gefahr für die deutsche Kultur und Rechtsordnung sowie menschliches Leben" ansehe, eigne sich nicht als Richter in einem Asylverfahren, begründeten die Richter ihren Beschluss. Sie hoben damit einen Beschluss des Verwaltungsgerichts Gießen auf. Dieses hatte den Befangenheitsantrag eines Asylbewerbers gegen den Richter abgewiesen. Der Asylbewerber hatte den Befangenheitsantrag gegen den Richter aufgrund einer Urteilsbegründung in einem Prozess aus dem November 2019 um NPD-Plakate gestellt (#524/19). In der damaligen Urteilsbegründung führte der Richter unter anderem aus, die Aussage „Migration tötet" sei eine beweisbare Tatsache. Einwanderung stelle „naturgemäß eine Gefahr für kulturelle Werte an dem Ort dar, an dem die Einwanderung" stattfinde.

Quelle:
https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-07/asylverfahren-bundesverfassungsgericht-richter-giessen-rassismus-rechtsstreit

Schlagworte:
#RechteParolen #Rassismus #NPD #Prozess

#365/21
07.07.2021

Untersuchungsausschuss zum Anschlag von Hanau eingesetzt

Wiesbaden / Hanau (Main-Kinzig-Kreis)

Nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung" wurde am 7. Juli im hessischen Landtag ein Untersuchungsausschuss zu dem Anschlag von Hanau am 19. Februar 2020 eingesetzt. Als einzige Fraktion stimmte die AfD gegen die Einsetzung des Untersuchungsausschusses. Im Fokus des Ausschusses soll ein mögliches Behördenversagen im Zusammenhang mit dem Terroranschlag stehen. Laut SPD-Fraktionsvorsitzender Nancy Faeser soll es unter anderem um den nicht erreichbaren Polizeinotruf, den verschlossenen Notausgang an einem der Tatorte und den Umgang von Polizei und Staatsanwaltschaft mit den Angehörigen der Opfer gehen.

Quelle:
https://www.sueddeutsche.de/politik/landtag-wiesbaden-breite-zustimmung-im-landtag-fuer-u-ausschuss-hanau-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210707-99-296298

Schlagworte:
#Ermittlungen #Rechtsterrorismus

#366/21

26.07.2021

„NSU 2.0"-Verdächtiger bleibt in Untersuchungshaft

Berlin/ Frankfurt am Main

Laut Bericht der „Frankfurter Rundschau" vom 26. Juli bleibt der 53-jährige, der verdächtigt wird, mit „NSU 2.0" unterschriebene Drohbriefe versandt zu haben, in Untersuchungshaft (Hintergründe im Monitoring-Bericht Mai/Juni 2021: „Drohschreiben: Tatverdächtiger im NSU 2.0-Komplex festgenommen"). Eine Haftbeschwerde des Verdächtigen wurde abgelehnt.

Quelle:
https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/nsu-verdaechtiger-bleibt-in-untersuchungshaft-90884826.html

Schlagworte:
#Drohschreiben #Polizeiskandal #NSU20 #Ermittlungen

#367/21

04.08.2021

Polizeianwärter verliert Klage

Gießen (Landkreis Gießen) / Wetteraukreis

Einem Artikel der „Hessenschau" zufolge scheiterte ein Polizeianwärter am 4. August vor dem Verwaltungsgericht in Gießen mit einer Klage gegen die Verweigerung der Übernahme in den Polizeidienst. Der Mann aus dem Wetteraukreis wird nicht in den Polizeidienst übernommen, da er sich an rechten Chatgruppen beteiligt und dort auch selbst ein rassistisches Bild geteilt haben soll. Das Bild soll einen Mann, der offensichtlich muslimischen Glaubens war, in einem Fadenkreuz gezeigt haben.

Quelle:
https://www.hessenschau.de/panorama/polizist-verliert-klage-nach-karriere-aus-wegen-rassistischem-chat,polizist-chat-verhandlung-100.html

Schlagworte:
#Polizeiskandal #Prozess #AntimuslimischerRassismus

#368/21
10.08.2021

Vogelsberger wegen Volksverhetzung verurteilt

Alsfeld (Vogelsbergkreis)/ Lauterbach (Vorgelsbergkreis)

Laut Bericht der „Oberhessischen Presse" wurde am 10. August vor dem Amtsgericht Alsfeld ein Mann aus dem Vogelsbergkreis wegen Volksverhetzung und der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole in einer Chatgruppe zu einer Bewährung von drei Jahren verurteilt. Der Mann soll am 29. Dezember 2017 mit seinem in Lauterbach eingeloggten Mobiltelefon in einem WhatsApp-Gruppenchat mit dem Titel „Schwarzer Humor 0.5" mit 100 Mitgliedern zahlreiche antisemitische und holocaustrelativierende Inhalte veröffentlicht haben.

Quelle:
https://www.oberhessische-zeitung.de/lokales/vogelsbergkreis/landkreis/vogelsberger-wegen-volksverhetzung-verurteilt_24274294

Schlagworte:
#Prozess #Antisemitismus #Holocaustrelativierung #VerboteneSymbole #Volksverhetzung

#369/21
12.08.2021

Prozessgutachter: Franco A. legte rassistische Masterarbeit vor

Frankfurt am Main

Wie die „Hessenschau" berichtete, fand am 12. August der erste Verhandlungstag nach Sommerpause im Prozess gegen den Terrorverdächtigen Franco A. statt (Hintergründe im Monitoring-Bericht Mai-Juni 2021: Fokus „Beginn des Prozesses um den terrorverdächtigen Bundeswehrsoldaten Franco A."). Das Oberlandesgericht Frankfurt befasste sich mit dessen Masterarbeit aus dem Jahr 2014. Ein Gutachter wertete den Text als „völkisch-nationalistischen, rassistischen Appell". A. verfasste unter dem Titel „Politischer Wandel und Subversionsstrategie" eine Arbeit, die an „Volkstod"-Erzählungen von Rechtsextremist*innen erinnerte. Ihr Kern: Eine Vermischung verschiedener Ethnien und Kulturen führe zur Vernichtung einheimischer Völker. Für seine Bundeswehr-Karriere hatte diese Arbeit kaum Konsequenzen. A. musste lediglich eine neue Arbeit schreiben.

Quelle:
https://www.hessenschau.de/panorama/gutachter-franco-a-legte-rassistische-masterarbeit-vor,francoa-masterarbeit-100.html

Schlagworte:
#Prozess #FrancoA

#370/21

26.08.2021

Kritik an Prozess um rechte Kneipenschlägerei

Offenbach am Main

Der antifaschistische Blog „Documentation Research and Information" ging in einem Artikel vom 26. August auf den Prozess um eine Kneipenschlägerei in Offenbach im Dezember 2018 ein (#297/21). Auslöser der Schlägerei waren rassistische Parolen, die die Täter gerufen hatten. Die Täter, eine Gruppe von Männern Mitte 20, sollen aus der Fanszene der Offenbacher Kickers stammen. Zwei von ihnen, Till F. und Marcel M., seien im Fanbeirat des Vereins aktiv. F. soll 2020 auch eine Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen in Offenbach unterstützt haben. Einer der Täter sei zum Tatzeitpunkt Polizeianwärter gewesen. Ein weiterer Täter, Hendrik R., soll als Schiedsrichter für den FC Dietzenbach aktiv sein. Der Artikel kritisierte auch die Ermittlungen und den Prozessverlauf. Videoaufzeichnungen seien ohne Durchsuchungsbefehl beschlagnahmt worden. Zeug*innen des Vorfalls seien kurz vor deren Aussage vom Gericht ausgeladen worden.

Quelle:
https://drai.noblogs.org/post/2021/08/26/kein-folgenreicher-kneipenabend-in-offenbach-uber-rassistische-fusballfans-und-polizisten-die-keine-konsequenzen-befurchten-mussen/

Schlagworte:
#Übergriff #RechteParolen #Rassismus #Polizeiskandal #Fußball #Corona

#371/21

31.08.2021

Hessischer Verfassungsschutzbericht 2020 vorgestellt

Wiesbaden

Laut Bericht der „FAZ" und der „Hessenschau" wurde am 31. August der „Verfassungsschutzbericht 2020" des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz vorgestellt. Dem hessischen Innenminister Peter Beuth zufolge geht die größte Gefahr weiterhin von Rechtsextremen aus: 2020 seien in Hessen 42 rechtsextreme Gewalttaten verübt worden (2019: 31). Auch die Corona-Pandemie würden Rechtsextreme für ihre Zwecke nutzen, bei den „Querdenker"-Demonstrationen seien Protestierende Seite an Seite mit bekannten Rechtsextremen marschiert.

Quellen:
https://www.faz.net/-gpg-afb45

https://lfv.hessen.de/presse/aktuelles-pressemitteilungen/vorstellung-des-verfassungsschutzberichts-2020

https://www.hessenschau.de/politik/verfassungsschutzbericht-mehr-extremistische-gewalt-in-hessen,verfassungsschutzbericht-vorgestellt-100.html

Schlagworte:
#Verfassungsschutz #Hintergrund

IMPRESSUM:

Redaktion: Fabian Jellonnek, Pit Reinesch, achtsegel.org
Gestaltung: achtsegel.org – Büro für demokratische Kommunikation und politische Bildung im Netz I Fabian Jellonnek
Dahlbergstraße 2a
65929 Frankfurt/Main
E-Mail: info@achtsegel.org
Web: www.achtsegel.org
Schlussredaktion: Gerolf Nittner, Demokratiezentrum Hessen

Herausgegeben im Auftrag des Demokratiezentrums Hessen im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
Wilhelm-Röpke-Str. 6 A
35032 Marburg
Tel.: 06421 - 28 21 110
E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
Web: www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Copyright 2021: Demokratiezentrum Hessen, Marburg.

HESSEN

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND
GEGEN EXTREMISMUS